

## **Antrag der Jusos Wiesbaden**

Zur Weiterleitung an die Bezirkskonferenz 2005 der Jusos Hessen-Süd

### **Für eine kinderfreundliche Familienpolitik**

#### **Teil A: Analyse**

##### **1.) Die Situation von „Familien“ heute**

Immer noch ist für ein Großteil der Menschen die Familie der wichtigste Bereich in ihrem Leben. Der Wunsch nach einer Familie, verbunden mit dem Wunsch nach Kindern ist unvermindert groß. Dennoch zeigt die Realität, dass viele, vor allem junge Menschen diesem Wunsch nicht nachgehen.

Die Zahl der minderjährigen Kinder in Deutschland ist schon seit Jahren rückläufig und hat sich bis 2003 auf 14,9 Mio. verringert. Die Geburtenzahl hat sich in Ostdeutschland nach der Wende halbiert und auch in Westdeutschland liegt die Zahl der Kinder pro Frau nur noch bei 1,36. Bei genauerer Betrachtung dieser Zahlen lässt sich feststellen, dass sich Menschen, die sich eigentlich Kinder wünschen, entweder ganz auf Kinder verzichten, oder sich für mindestens zwei Kinder entscheiden. Nur jedes vierte Kind in Deutschland wächst heutzutage als Einzelkind auf. Besonders hoch ist der Kinderlosenanteil bei Frauen mit einem Hochschulabschluss in Westdeutschland. In der Altersgruppe der 35- bis 39-Jährigen bewegt er sich zwischen 41% und 44%. Scheinbar ist es so, dass das Zusammenleben mit Kindern gerade dort an Attraktivität verloren hat, wo kein unmittelbares Armutsrisiko besteht. Der neue Reichtums- und Armutsbericht der Bundesregierung spricht davon, dass „dort lediglich mit einer kindbedingten Einschränkung der bisher überdurchschnittlich positiven Lebensumstände zu rechnen sei und sinkende Geburtenzahlen somit kein Indikator für wachsende Armut von Familien und Kindern in Deutschland wären.“

Im Vergleich zu 1998 ist der Anteil der Haushalte mit Kindern, deren Nettoäquivalenzeinkommen weniger als 60% des Mittelwertes aller Haushalte betrug von 12,6% auf 13,9% gestiegen. Auch bezogen auf die Kinder unter 16 Jahren ist ein Anstieg der relativen Einkommensarmut zu beobachten. 2003 lag sie höher als in der Gesamtbevölkerung. Das Armutsrisiko bei Alleinerziehenden, die immerhin 16,9% (2003) der „Familien“ ausmachen, (1998: 14%) stagniert auf hohem Niveau.

Die Aussage, dass Kinder also kein Armutsrisiko bedeuten, relativiert sich mit Betrachtung der Statistiken.

Mehr als eine Million der Bezieherinnen und Bezieher von sozialen Transferleistungen sind Kinder unter 18 Jahren. Damit liegt deren Sozialhilfequote bei 7,2% im Vergleich zur Gesamtbevölkerung, deren Sozialhilfequote „nur“ bei 3,4% liegt. 57% der unter 18-Jährigen, die Transferleistungen beziehen leben in Haushalten von Alleinerziehenden. Kinder unter sieben Jahren sind noch einmal besonders stark davon betroffen auf Transferleistungen angewiesen zu sein. Gleichzeitig werden gerade in dieser Zeit die Grundlagen des Lebens- und Bildungsweges eines Kindes gelegt. Familien mit geringem Einkommen sparen am ehesten an kulturellen und sozialen Bedürfnissen, die über den Grundbedarf des Kinder hinausgehen. In der Folge können Ausgrenzungserscheinungen entstehen.

Im frühen Grundschulalter setzen sich diese fort. Armutsfolgen zeigen sich sehr deutlich am Schulerfolg.

Die Armutsrisikoquote bei Alleinerziehenden lag 2003 immer noch bei fast 40% (und das nach den Sozialtransfers, vor dem Sozialtransfers liegt sie sogar bei knapp 60%), das ist fast das Vierfache von der durchschnittlichen Armutsrisikoquote aller Haushalte. Die Armutsrisikoquote steigt mit der Anzahl der Kinder.

Besonders kurios erscheint, dass sowohl Familien als auch Alleinerziehende im Vergleich zu anderen Bedarfshaushalten deutlich häufiger über ein eigenes Einkommen verfügen und trotzdem auf Transferleistungen angewiesen sind. D.h. das Erwerbseinkommen zuzüglich weiterer Einkommen wie z.B. Kindergeld- und Wohngeldzahlungen reichen häufig nicht aus, um die entstehenden Kosten des Familienhaushaltes ausreichend zu decken.

## **2.) Betreuungssituation von Kindern**

Bei Alleinerziehenden sind zusätzlich zu den oben genannten Problemen fehlende Kinderbetreuungsmöglichkeiten Auslöser für den Bezug von Hilfe zum Lebensunterhalt.

Bei Kindern im Krippenalter übersteigt der Bedarf fast überall das Angebot. Auch im Elementarbereich (3 Jahre bis zur Einschulung) gibt es eine, wenn auch deutlich kleinere Diskrepanz zwischen Angebot und Nachfrage. [Regionale Schwankungen sind natürlich vorhanden.] Weiterhin fehlen massiv ganztägige Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter.

Aber nicht nur für die Berufstätigkeit der Eltern ist ein umfassendes Betreuungsangebot für Kinder wichtig. Auch auf die Entwicklung der Kinder selbst hat ein optimales Betreuungsangebot immense Auswirkungen. Kinder, die eine Einrichtung besucht haben, haben zum einem deutlich bessere Chancen frühstmöglich eingeschult zu werden und zum anderen zeigt sich, dass sie, im Vergleich zu „unbetreuten“ Kindern einen wesentlich besseren Sprachentwicklungsstand haben. Alles in allem also bessere Startchancen für die Schullaufbahn.

Bei den unter Dreijährigen weist Deutschland eine Betreuungsquote von 8,5% auf. Gerade im Vergleich mit den skandinavischen Ländern ist diese Quote erschreckend niedrig.

## **3.) Die Erwerbssituation und –einkommen bei Müttern**

Frauen machen mittlerweile 43% der Erwerbstätigen in Deutschland aus. Die Erwerbstätigenquote (der Anteil von Frauen die einer entlohnten Beschäftigung nachgehen) liegt derzeit bei 58%. Verglichen mit anderen Ländern in Europa nehmen wir durchaus eine Position im Mittelfeld ein. Verglichen aber gerade mit den skandinavischen Ländern, die uns in vielen sozialen Bereichen voraus sind, sehen wir dagegen weniger gut aus. In Dänemark z.B. liegt die Erwerbstätigenquote bei Frauen mit bis zu zwei Kindern bei deutlich über 70%.

Ein wesentliches Risiko ist für Frauen immer noch eine familienbedingte Erwerbsunterbrechung. Mit zunehmender Dauer der Elternzeit verringern sich die Chancen auf Karriere und als Folge nehmen Lohnungleichheiten zu.

Drei Viertel aller Paare realisieren während der Elternzeitphase vorwiegend aus finanziellen Motiven ein Modell, bei dem der Vater Vollzeit arbeitet und die Mutter zu Hause bleibt. Die Aufnahme einer Teilzeit-Erwerbstätigkeit nach dem Auslaufen des Erziehungsgeldes beugt oft dem Absinken in die Einkommensarmut vor. Allerdings bleiben viele Mütter auch weiterhin zu Hause, weil der Einkommengewinn beim Wiedereinstieg als zu gering erachtet wird. Dies liegt vor allem daran, dass die Kosten für eine ganztägige Kinderbetreuung so hoch sind, dass sie das zusätzliche Einkommen fast komplett aufbrauchen.

Frauen mit Kindern verfügen auch über geringere kumulierte Erwerbszeiten, was sich spätestens bei der Berechnung der Rente negativ auswirkt.

Gerade in unserer heutigen Zeit werden die Anforderungen an die Alltagsbewältigung und Lebensgestaltung des Familienlebens immer komplexer. Viel mehr muss eigenverantwortlich geregelt werden. Haushalte die in prekären Verhältnissen leben müssen diese Herausforderungen oftmals unter erschwerten Bedingungen bewältigen. Dazu gehören Arbeitslosigkeit, Überschuldung, Trennung und eben auch die finanziell schwierige Lage. Das erfordert besonders von diesen Familien ein Maß an Wissen, das viele aufgrund von Bildungsbenachteiligungen gar nicht haben. Mangelnde Bildung in Zusammenhang mit erschwerten strukturellen Rahmenbedingungen zählen zu den zentralen Gründen für Armut. Hier wird deutlich, dass die Bewältigung konkreter Situationen oftmals nicht allein durch die Betroffenen gelingen kann, sondern unterstützende Strukturen und Angebote erforderlich sind.

Gerade Trennung und Scheidung stellen Frauen noch einmal vor kritische Situationen. 95% der geschiedenen oder getrennt lebenden Frauen betreuen mindestens ein minderjähriges Kind. Ein Viertel dieser Frauen enthält keinen Kindesunterhalt. Das Armutsrisiko ist daher bei Frauen die getrennt oder geschieden sind besonders hoch. Männer hingegen nehmen nur geringe Einkommenseinbußen in Kauf. Frauen bedürfen daher einer größeren Unterstützung bei der Durchsetzung ihrer Rechte. Diese Geschlechterunterschiede fallen umso geringer aus, je mehr Frauen und Männer sich in ihren Arbeitsmarktqualifikationen, ihrer Erwerbsbeteiligung und ihren Kinderbetreuungspflichten angleichen. Auch hier sind gerade die skandinavischen Länder sehr viel weiter als wir.

## **Teil B: Schlussfolgerungen**

### **1.) Grundgedanken einer kinderfreundlichen und sozial gerechten Familienpolitik**

Familienpolitik muss angesichts der oben genannten Fakten einen viel höheren Stellenwert als bisher einnehmen. Dabei hat sie sich nicht nur darauf zu beschränken Armutsrisiken durch Transferleistungen zu verringern oder zu eliminieren (aber gerade nach der Veröffentlichung des neuen Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung muss der Bekämpfung von Armutsrisiken eine hohe Priorität eingeräumt werden), sondern sie muss darüber hinaus auch Strukturen zur Verfügung

stellen, die Familien in allen Lebenslagen beraten und unterstützen. Des Weiteren muss es Ziel sein die Erwerbstätigkeit, besonders von Müttern, zu fördern. Hierbei ist besonders darauf Wert zu legen, dass Qualifizierungen vorausgehen, so dass eine andere als eine niedrig entlohnte Beschäftigung angestrebt werden kann. In diesem Zusammenhang steht natürlich auch, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gefördert werden muss.

Allerdings, und das scheint in der momentanen Diskussion völlig unter zu gehen, darf Betreuung von Kindern nicht nur unter einem Beschäftigungspolitischen Aspekt gesehen werden. Ausreichende Betreuungsangebote sind vor allem für die Kinder von entscheidender Bedeutung, da hierbei ihr Lebensweg massiv geprägt wird. Qualitativ hochwertige Betreuung sollte deshalb ALLEN Kindern (und nicht nur den Kindern von Berufstätigen) offen stehen.

Generell muss gelten, dass der Fokus der Förderung sich vor allem auf das Kind/die Kinder richtet. Gesellschaftliche Schieflagen bestehen nicht nur zwischen Menschen mit und ohne Kinder, sondern auch innerhalb der gesellschaftlichen Gruppe mit Kindern. Vom Bedarf des Kindes aus gesehen ist es deshalb notwendig nicht nur das Existenzminimum zu Leben zu sichern, sondern auch die angemessenen Entwicklungsbedingungen, Anregungs- und soziale Einbettungsmöglichkeiten zu bieten. Allen Kindern muss ein ausgeglichenes Angebot an Entwicklungsmöglichkeiten offen stehen.

Die bisherige Kinder- und Familienförderung festigt die bestehende Struktur und das Ausmaß der privaten Haus- und Familienarbeit und gerade diese Struktur führt dazu, dass über das Geschlecht bestimmt wird, wie viel Teilhabe die Mitglieder der Gesellschaft am gesellschaftlichen Reichtum und Beteiligungschancen haben.

## **2.) Steuerpolitik und finanzielle Hilfen für Familien**

Das Ehegattensplitting muss endlich gestrichen werden. Früher war es dazu gedacht Familien mit Kindern steuerlich zu entlasten. Es ist aber heutzutage, wo es viele unverheiratete Paare mit Kindern gibt, nicht mehr hinnehmbar, dass kinderlose Ehepaare vom Splitting gebrauch machen wohingegen es Lebensgemeinschaften mit Kindern verwehrt bleibt. Familienförderung muss letztendlich auch Familien fördern. Die Abschaffung des Ehegattensplittings würde zu einer steuerlichen Mehrbelastung von etwa 22 Mrd. € führen. Da hiervon natürlich auch Familien mit Kindern betroffen sind sollte über eine Anpassung des Kinderfreibetrags nachgedacht werden.

Es ist daher notwendig steuerliche Entlastungen vielmehr an der tatsächlichen ökonomischen Situation und der Anzahl der Kinder festzumachen.

Durch die Abschaffung des Ehegattensplittings könnte z.B. eine Erweiterung und Neugestaltung des Erziehungsgeldes finanziert werden. Hierdurch könnte vielen Frauen und Männern die Entscheidung für ein Kind erleichtert werden und auch Väter in die Lage versetzen, sich aktiver an der Erziehung des Kindes zu beteiligen.

Außerdem sollte überlegt werden, ob der Kinderzuschlag von monatlich bis zu 140 Euro für Familien mit geringem Einkommen erhöht und die Zahlung nicht auf 36 Monate begrenzt wird. Hiermit könnte verhindert werden, dass Eltern mit geringem Einkommen nicht auf Arbeitslosengeld II angewiesen sind.

Weiterhin sollte verstärkt darauf hingewirkt werden den Nachteil den Frauen durch Erziehungszeiten bei der Rente haben auszugleichen. Es ist heute zwar so, dass es Förderzulagen für Eltern gibt, die dazu führen, dass Eltern bei gleichem Bruttolohn einen geringeren Eigenbeitrag zur Altersvorsorge leisten. Der überwiegenden Benachteiligung von Frauen trägt man damit aber keine Rechnung. Sinnvoller erscheint es einen größeren Förderbeitrag dem erziehenden Elternteil, i.d.R. Frauen, zukommen zu lassen.

Außerdem ist es sinnvoll alle bisherigen Familienpolitischen Leistungen zu bündeln und nach französischem Modell in eine Familien- und Kinderkasse (in Selbstverwaltung) zu überführen. Die Transparenz familien- und kinderpolitischer Leistungen kann so erhöht werden, was u.a. dazu führt, dass somit auch die Treffsicherheit eben solcher Maßnahmen erhöht wird. Über zusätzliche Finanzierungsquellen dieses Modells muss diskutiert werden. Zum einen sollte sicher gestellt werden, dass die gesamtgesellschaftliche Aufgabe auch gesamtgesellschaftliche und solidarisch finanziert wird, zum anderen muss sicher gestellt sein, dass familien- und kinderpolitische Leistungen nicht Gegenstand der jährlichen Haushaltverhandlungen sind. Einer kontinuierlichen und langfristigen Aufgabenwahrnehmung würde dies entgegenstehen. [Frankreich hat eine Mischfinanzierung gewählt (sowohl Beiträge als auch allgemeine Steuermittel).]

### **3.) Kinderbetreuung**

Kinderbetreuung und deren Kosten sind für Eltern oft ein wesentlicher Faktor bei der Entscheidung über die Erwerbstätigkeit. Eine steuerliche Berücksichtigung von Kinderbetreuungskosten kann Anreize für eine stärkere Erwerbsbeteiligung insbesondere von Frauen schaffen sowie Alleinerziehenden stärker die Möglichkeit zur Arbeitsaufnahme geben. Die bisherigen Regelungen sind besonders für Familien im mittleren Einkommensbereich von Vorteil. Ein stärkerer Fokus muss auch hier auf der Förderung von Familien und Alleinerziehenden am unteren Einkommensende liegen. Das Bildungschancen in Deutschland immer noch zu stark an die soziale Herkunft von Menschen gekoppelt sind haben uns zwei Pisa-Studien bestätigt. Deshalb darf Kinderbetreuung nie nur unter dem Aspekt der Berufstätigkeit von Müttern diskutiert werden. Kindern muss schon im frühestmöglichen Alter eine optimale Betreuung zu Gute kommen, denn die Grundlagen für die spätere Entwicklung, auch der schulischen, werden vor allem in den ersten sechs Lebensjahren eines Kindes gelegt. Frühkindliche Betreuung und Bildung spielt hierbei eine wichtige Rolle. Neben dem quantitativen Ausbau der Betreuungseinrichtungen sind deshalb auch qualitative Verbesserungen, gerade im frühkindlichen Bereich, notwendig. Gerade die skandinavischen Länder leisten hier hervorragende Arbeit. Dort sind ErzieherInnen deutlich besser qualifiziert und werden besser entlohnt.

Auch der Ausbau von Ganztagschulen muss unter Einbeziehung der Bildungsangebote der Kinder- und Jugendhilfe umgesetzt werden. Besonders Kinder aus den so genannten bildungsfernen Schichten werden hiervon profitieren und so eine bessere Chance gegeben den vorhandenen Nachteil auszugleichen.

Wichtig ist es auch, dass der Zuschuss zu Klassenfahrten im Bedarfsfall erhöht wird. Es ist für Kinder mehr als schwierig wenn sie, weil der Zuschuss eben nicht immer ausreicht, nicht an solchen sozialen Ereignissen teilnehmen können.

### **4.) Armutsprävention**

Armutsprävention und prophylaktische Maßnahmen sind vielschichtig und gehen weit über finanzielle Hilfen hinaus. Bildungs-, Beratungs- und Betreuungsangebote für benachteiligte Haushalte müssen ausgebaut werden. Gerade Familien, denen es unangenehm ist Hilfe von Außen zu holen, bedürfen oft am meisten einer Unterstützung im Umgang mit ihrer Situation.

Ein großes Problem vor allem in den unteren Einkommensgruppen stellt die immer höhere Überschuldung der einzelnen Haushalte dar. Besonders hier sind Beratungs-

und Hilfeangebote unerlässlich, sozialer Status wird noch immer weitergegeben an die nächste Generation. Diesen Kreislauf gilt es zu durchbrechen.

Armut bedeutet aber nicht nur ein Mangel an Geld sondern vielfach auch soziale Armut und Exklusion. Gerade deshalb sind die Angebot im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe so wichtig. Soziale und kulturelle Bildung erhalten vor allem Kinder aus sozial prekären Verhältnissen nicht innerhalb der Familie sondern außerhalb.

Gerade der schon oben angesprochene Bereich der Betreuung spielt hierbei eine wichtige Rolle. Aber auch die weiteren Lebensphasen entscheiden darüber, ob sich finanzielle Armut reproduziert. Bildung darf es nicht nur für „den dicken Geldbeutel geben“. Unerlässlich sind genügend Ausbildungsplätze für Jugendliche sowie eine Absage an Studiengebühren.

## **Fazit**

Familien- und Kinderpolitik hat die Aufgabe, die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass die Gründung einer Familie kein Armuts- und Ausgrenzungsrisiko birgt. Darüber hinaus muss sie aber auch dafür sorgen, dass Kinder in den Mittelpunkt gerückt werden. Kindern müssen gute Start- und Zukunftschancen haben. Überall dort, wo das nicht der Fall ist, ist der Staat dazu verpflichtet einzugreifen.

Der Staat muss eine Vorbildfunktion übernehmen, um das zu bewirken, was vor allem in den skandinavischen Ländern schon lange gesellschaftlicher Konsens ist:

Die universelle Gleichstellung von Frauen und Männern in allen Lebensbereichen und die Erkenntnis, dass Kinder **KEIN** Armutsrisiko mehr darstellen dürfen und es dazu mehr bedarf als einer bloßen Anhebung des Kindergeldes.